

NIEDERSCHRIFT

über die **40.** Sitzung
des Kreisausschusses
(XVII. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **29.01.2025**
Ort der Sitzung: Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Navigation: www.rkn.nrw/TR818
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:44 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Sven Ladeck
3. Herr Bertram Graf von Nesselrode abwesend
4. Herr Wolfgang Wappenschmidt
5. Herr Thomas Welter

• SPD-Fraktion

6. Herr Udo Bartsch
7. Frau Christina Borggräfe
8. Herr Stefan Schmitz
9. Herr Rainer Thiel

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

10. Herr Hans Christian Markert
11. Frau Petra Schenke
12. Herr Dirk Schimanski

- **FDP-Fraktion**

13. Herr Dirk Rosellen

- **Fraktion UWG-Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/
Deutsche Zentrumspartei**

14. Herr Carsten Thiel

- **Gäste**

15. Frau Monika Zimmermann, Frau Ursula Platen

- **Verwaltung**

- 16. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
- 17. Herr Elmar Hennecke
- 18. Herr Benjamin Josephs
- 19. Herr Dezernent Gregor Küpper
- 20. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
- 21. Herr Marcus Temburg
- 22. Herr Dezernent Harald Vieten

- **Schriftführerin**

- 23. Frau Annika Böhm
- 24. Frau Sophia Rothausen

- **Vertretungen CDU**

- 25. Herr Heiner Cölln (Vertretung für Frau Reinhold)
- 26. Frau Birte Wienands (Vertretung für Frau Brand)

- **Vertretung AfD**

- 27. Herr Christof Rauch (Vertretung für Herrn Kranefuss)

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse.....	4
2.1.	Mobilitätsausschuss 26.11.2024.....	4
2.2.	Ausschuss für Soziales und Wohnen 28.11.2024.....	5
2.3.	Ausschuss für Strukturwandel und Arbeit 02.12.2024.....	5
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften.....	5
3.1.	Aufsichtsrat und Beirat Kreiswerke 09.12.2024.....	5
4.	Regionalarbeit Berichtszeitraum: Dezember 2024 - Januar 2025 Vorlage: 61/5594/XVII/2024.....	6
5.	Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum: Dezember 2024 - Januar 2025 Vorlage: 61/5595/XVII/2024.....	6
6.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand Januar 2025) Vorlage: ZS5/5634/XVII/2025.....	6
7.	Neubenennung der Mitglieder der RGRE-Ausschüsse und des AK "Junge und lokale Mandatsträger/innen" 2025-2028 Vorlage: ZS5/5552/XVII/2024.....	7
8.	Beschluss zur Delegiertenversammlung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas am 10./11.04.2025 in Jena – Teilnahme von drei Kreistagsabgeordneten des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: ZS5/5550/XVII/2024.....	7
9.	SGB II Entwicklung der KdU und BG Vorlage: 50/5671/XVII/2025.....	8
10.	Bürgeranregung gemäß § 21 Kreisordnung NRW zum Thema "Notfallversorgung Grevenbroich" Vorlage: 32/5658/XVII/2025.....	8
11.	Tischvorlage: Eröffnung eines Kontakt Cafés (niedrigschwelliges Angebot) für Abhängige von illegalen bzw. neuen psychoaktiven Substanzen in der Stadt Neuss. Vorlage: 53/5772/XVII/2025.....	11
12.	Anträge.....	12
12.1.	Interfraktioneller Antrag vom 16.01.2025 zum Thema Kreisleitstelle / Gefahrenabwehrzentrum im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: ZS2/5659/XVII/2025.....	12
13.	Mitteilungen.....	13
13.1.	Öffentliche Wahlpräsentation am 23.02.2025 zur Bundestagswahl Vorlage: 013/5610/XVII/2025.....	13

13.2. Antwortschreiben der Ministerin Josefine Paul vom 14.01.2025: Aktuelle Flüchtlingsituation in den Kommunen Vorlage: 010/5707/XVII/2025 13

13.3. Erlass des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie NRW vom 17.01.2025: Anwendungshilfe § 36 Abs. 3 Landesplanungsgesetz Vorlage: ZS 6/5742/XVII/2025 14

14. Anfragen 14

14.1. Aktualisierte Antwort: Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2024 zum Thema Kürzungen der Landesregierung im sozialen Bereich - Auswirkungen im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 010/5657/XVII/2025 14

14.2. Anfrage der Kreistagsfraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 14.01.2025 zum Thema Organisationsplan der Kreisverwaltung des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: ZS2/5674/XVII/2025 14

15. Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle Vorlage: 010/5654/XVII/2025 14

16. Einwohnerfragestunde..... 15

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petruschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten wurden folgende Tischvorlage zur Verfügung gestellt:

Neuer TOP 11 Ö „Eröffnung eines Kontakt Cafés (niedrigschwelliges Angebot) für Abhängige von illegalen bzw. neuen psychoaktiven Substanzen in der Stadt Neuss.“ ☒	
---	--

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Mobilitätsausschuss 26.11.2024

KA/20250129/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Mobilitätsausschusses vom 26.11.2024 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.2. Ausschuss für Soziales und Wohnen 28.11.2024

KA/20250129/Ö2.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Ausschusses für Soziales und Wohnen vom 28.11.2024 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.3. Ausschuss für Strukturwandel und Arbeit 02.12.2024

KA/20250129/Ö2.3

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Ausschusses für Strukturwandel und Arbeit vom 02.12.2024 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Kenntnisnahme von Niederschriften

3.1. Aufsichtsrat und Beirat Kreiswerke 09.12.2024

KA/20250129/Ö3.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Beirates und des Aufsichtsrates Kreiswerke vom 09.12.2024 zur Kenntnis.

4. Regionalarbeit
Berichtszeitraum: Dezember 2024 - Januar 2025
Vorlage: 61/5594/XVII/2024

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf den dazugehörigen Erlass beim Tagesordnungspunkt 13.3 „Mitteilungen“.

Das Thema Windenergieanlagen spiele eine Rolle bei der 18. Änderung des Regionalplanes. In der Regionalratssitzung im März solle eine erneute Offenlage zu den Windenergiebereichen erfolgen und nach Möglichkeit in der Sitzung im Juni beschlossen werden. Die Möglichkeit habe das Oberverwaltungsgericht durch Beschluss am 23.09.2024 als verfassungswidrig angesehen, allerdings werde der Bundestag noch in dieser Woche zur Entprivilegierung von Windenergieanlagen einen Beschluss fassen, sodass vorübergehend die Entstehung weiterer Windenergieanlagen außerhalb von Windenergiebereichen verhindert werden könne. Insbesondere in den Bereichen südlich von Epsendorf, Rommerskirchen und in Teilen von Jüchen habe dies für Aufregung gesorgt.

Kreistagsabgeordnete Christina Borggräfe wies auf das Moratorium von CDU und Grüne im Bundestag hin, das am 31.01.2025 auf den Weg gebracht werden solle.

Kreisdirektor Dirk Brügge ergänzte den neuen Gesetzesentwurf. Nachteil des Bundesgesetzes sei, dass dieser nur Vorbescheide betreffe. Er hoffte, dass im Sommer die 18. Änderung des Regionalplanes beschlossen werde, sodass die temporäre Problematik dadurch gelöst sei.

KA/20250129/Ö4

5. Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft
Berichtszeitraum: Dezember 2024 - Januar 2025
Vorlage: 61/5595/XVII/2024

KA/20250129/Ö5

6. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand Januar 2025)
Vorlage: ZS5/5634/XVII/2025

KA/20250129/Ö6

7. Neubenennung der Mitglieder der RGRE-Ausschüsse und des AK "Junge und lokale Mandatsträger/innen" 2025-2028
Vorlage: ZS5/5552/XVII/2024

Protokoll:

In der Sitzung wurden die im Beschluss genannten Personen vorgeschlagen.

KA/20250129/Ö7

Beschluss:

In den Deutsch-Polnischen Ausschuss werden für den Rhein-Kreis Neuss gewählt (keine Stellvertreter/innen):

1. Landrat Hans-Jürgen Petrauschke
2. Angela Stein-Ulrich (Bündnis 90/ Die Grünen)

In den Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit wird gewählt:

1. Jakob Beyen (CDU)

In den AK JUMA werden für den Rhein-Kreis Neuss gewählt (keine Stellvertreter/innen):

1. Christina Borggräfe (SPD)
2. Simon Kell (FDP)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

8. Beschluss zur Delegiertenversammlung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas am 10./11.04.2025 in Jena – Teilnahme von drei Kreistagsabgeordneten des Rhein-Kreises Neuss
Vorlage: ZS5/5550/XVII/2024

Protokoll:

In der Sitzung wurden die im Beschluss genannten Kreistagsabgeordneten vorgeschlagen.

KA/20250129/Ö8

Beschluss:

Für die Teilnahme an der Delegiertenversammlung werden folgende drei Kreistagsabgeordnete als seine Stimmvertreter/innen bestimmt:

1. Thomas Jung (CDU)

2. Wolfgang Kaisers (SPD)
3. Angela Stein-Ulrich (Bündnis 90/ Die Grünen)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**9. SGB II Entwicklung der KdU und BG
Vorlage: 50/5671/XVII/2025**

KA/20250129/Ö9

**10. Bürgeranregung gemäß § 21 Kreisordnung NRW zum Thema "Notfallversorgung Grevenbroich"
Vorlage: 32/5658/XVII/2025**

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Sven Ladeck dankte der Bürgerschaft für den Antrag und stellte fest, dass die Bürgeranregung in allen wesentlichen Punkten mit der Beschlusslage des Kreisausschusses vom 06.11.2024 übereinstimme.

Zudem habe die Verwaltung zeitnah ein Gespräch mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) bezüglich der Zuweisungen und weitere Zukunft der Finanzierung des Klinikums.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch bezog sich auf den Antrag vom 28.10.2024 im Kreisausschuss am 06.11.2024, dem sich die AfD nicht angeschlossen habe. Ein tragfähiges Konzept für die Notfallversorgung in Grevenbroich liege derzeit noch nicht vor. Auch fehlten noch Stellungnahmen der Kassenärztlichen Vereinigung und der Bezirksregierung. Er zeigte sein Verständnis für die Unsicherheiten der Bürgerinnen und Bürger. Der Beschlussvorlage werde die SPD in der Form nicht zustimmen, sondern weiterhin den Beschluss vom 06.11.2024 bevorzugen.

Kreistagsabgeordneter Dirk Schimanski betonte die Wichtigkeit, Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig zu informieren und den Emotionen zu begegnen. Bis auf die AfD hätten sich die Politiker gemeinschaftlich für die Schließung entschieden, wenn Kompensationsmaßnahmen getroffen worden seien. Er stimmte Herrn Bartsch zu, dass in dem Beschluss deutlicher gezeigt werden müsse, dass der Prozess weiter kritisch verfolgt werde.

Auch Kreistagsabgeordneter Dirk Rosellen nahm Bezug zu der Beschlussfassung vom 06.11.2024 und äußerte sein Verständnis für die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger. Die Notfallversorgung in Grevenbroich bleibe Grundvoraussetzung. Wichtig sei, dass das Beschlossene in Zukunft auch tatsächlich umgesetzt werde. Der Rhein-Kreis Neuss solle als Gesellschafter darauf achten, dass die Kommunikation - insbesondere über den Standort Grevenbroich - weiterhin gut funktioniert und der Rettungsdienst immer einsatzfähig bleibt.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke fasste die derzeitige Situation zusammen: Vor 14 Tagen habe sich der Lenkungskreis des Klinikums mit dem Projekt „Veränderung der

Notfallversorgung in Grevenbroich" beschäftigt und auf eine zeitliche Komponente verständigt. Erforderlich sei jedoch eine Abstimmung mit dem Ministerium.

Seit der Beschlussfassung im September 2024 habe sich Folgendes verändert: Das Krankenhaus St. Hubertusstift in Bedburg werde zum 31.01.2025 geschlossen, wodurch auch die dortige Notfallambulanz ihren Betrieb einstellen werde.

Die Umstrukturierung der Notfallversorgung ist Teil des im September beschlossenen Zielkonzepts, jedoch stets unter der Prämisse, dass die Notfallversorgung insgesamt sichergestellt bleibe. Dazu müsse unter anderem der Rettungsdienst entsprechend angepasst werden.

Für die Umsetzung würden drei zusätzliche Rettungsfahrzeuge mit Besatzung benötigt. Der Standort Grevenbroich werde derzeit nachts nicht mehr vom Rettungsdienst angefahren. Patientinnen und Patienten, die das Krankenhaus fußläufig erreichen, würden jedoch weiterhin behandelt.

Darüber hinaus ginge es darum, kleinere Notfälle in Abstimmung mit der Kreisstelle der kassenärztlichen Vereinigung von den niedergelassenen Ärzten im Fachärzteezentrum, das im Krankenhaus angegliedert sei, behandeln zu können. Alle Komponenten müssten aufeinander abgestimmt werden.

Bei einer Schließung der zentralen Notaufnahme in Grevenbroich, die nach den Vorgaben der GKV drei Beatmungsbetten vorhalten müsse, werde das Personal im Lukas-Krankenhaus mit einbezogen. Richtig sei, dass jede Veränderung zu Unsicherheiten führe und daher besser kommuniziert werden müsse. Er betonte, dass dies erst möglich sei, wenn die Gespräche mit dem Ministerium stattgefunden hätten. Das gelte auch für die Gynäkologie und Geburtsstation in Dormagen.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel kritisierte das Vorgehen von Herrn Petruschke. Er nehme wahr, dass die Notfallversorgung trotz der Zusage, dass sich die Notfallversorgung nicht verschlechtern werde, bereits jetzt schrittweise abgebaut werde. Dem Punkt Nummer 2 des Beschlussvorschlages werde er nicht zustimmen. Punkt 1 sei unglücklich formuliert. Man solle alle loben, die sich für das Gemeinwohl einsetzen. Der zweite Satz aus Punkt 1 müsse somit gestrichen werden.

Landrat Hans-Jürgen Petruschke erklärte, dass das Gespräch mit dem Ministerium, das in zwei Wochen stattfinden werde, nicht früher angesetzt werden konnte. Voraussetzung für dieses Gespräch sei die Entwicklung einer eindeutigen Zielvorstellung. Das Gespräch ersetze den Austausch mit der Bezirksregierung. Er entgegnete, dass eine Verschlechterung der Notfallsituation so nicht stattgefunden habe. Zwar werde der Standort nachts nicht mehr angefahren, gleichzeitig sei aber der Rettungsdienst verstärkt worden, sodass die Patientinnen und Patienten zu anderen Krankenhäusern gefahren werden.

Kreistagsabgeordneter Sven Ladeck betonte, dass sich die Fraktionen in der Sache einig seien. Er verdeutlichte die langen Verhandlungen mit der Stadt Neuss.

Die Verantwortung für die konkrete Umsetzung liege bei der Geschäftsführung, während die Problematik insbesondere in der teils fehlenden Rückkopplung mit der Politik bestehe. In der gestrigen CDU-Fraktionssitzung bestätigte der Aufsichtsratsvorsitzende, dass in den letzten Jahren viel Zeit verloren gegangen sei. Zuletzt kritisierte er die unterfinanzierte Krankenhauslandschaft von Bund und Land, die die Kommunen in diese problematische Lage bringe.

Kreistagsabgeordneter Thomas Welter warnte Herrn Rainer Thiel vor der Schuldfrage. Der Rhein-Kreis Neuss habe als Gesellschafter eine klare Meinung vertreten. Problematisch sei, dass den Mitarbeitenden konkrete Termine genannt werden. Er bat Herrn

Petrauschke um eine deutliche Kommunikation in den Gremien des Rheinland Klinikums, dass der Beschluss vom 06.11.2024 genauso umgesetzt werden solle. Termine seien nur einzuhalten, wenn vorher die „Hausaufgaben“ gemacht worden seien.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel war der Auffassung, dass zwar vom gleichen Sachverhalt ausgegangen werde, jedoch unterschiedliche Sichtweisen bestünden. In der Vergangenheit sei gesagt worden, dass man sich perspektivisch als ein Strukturbaustein von der zentralen Notfallaufnahme verabschieden werde, die Notfallversorgung sich jedoch nicht verschlechtern dürfe. Wenn die Leistung nicht mehr durch das Krankenhaus erbracht werde, müsse diese durch den Rhein-Kreis Neuss oder die kassenärztliche Vereinigung sichergestellt werden. Somit liege die Aufgabe beim Landrat.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke stellte klar, dass die zentrale Notfallaufnahme keine Aufgabe des Kreises, sondern des Krankenhauses sei. Ein Bruchteil davon sei der Aufbau des Rettungsdienstes, der jedoch nicht die zentrale Notaufnahme ersetze. Zudem sei der Kreis Träger und nicht Betreiber des Rettungsdienstes. In der Nacht sei der Rettungsdienst um ein Fahrzeug erweitert worden. Insgesamt werde der Rettungsdienstbedarfsplan so aufgebaut, dass künftig drei weitere Fahrzeuge mit Personal zur Verfügung stehen. Er betonte nochmals, dass eine Kommunikation erst nach den Gesprächen mit dem MAGS stattfinden werde.

Nach den Hinweisen von Kreistagsabgeordneten Carsten Thiel und Udo Bartsch formulierte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eine Veränderung der Beschlussempfehlung (*siehe Beschluss*).

Kreistagsabgeordneter Dirk Schimanski bat Herrn Petrauschke um eine umfangreiche Berichterstattung nach dem Gespräch mit dem Ministerium.

KA/20250129/Ö10

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss nimmt die gemäß § 21 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen eingereichte Anregung zum Thema der „Notfallversorgung im Rheinland Klinikum Grevenbroich“ zur Kenntnis. Der Kreisausschuss lobt dabei ausdrücklich das Engagement einzelner Bürgerinnen und Bürger, die sich neben den Funktionsträgern für das Wohl der Menschen im Rhein-Kreis Neuss einbringen.
2. Die Bürgeranregung entspricht der gefassten Beschlusslage im Rhein-Kreis Neuss.
Insofern bekräftigt der Kreisausschuss seinen Beschluss vom 06.11.2024:
 - Die Kreisverwaltung ergreift alle notwendigen Maßnahmen, um eine gleichwertige Notfallversorgung im Raum Grevenbroich im Zuge der Umstrukturierung des Elisabethkrankenhauses zu gewährleisten und den Umfang der Rettungswagen-verfügbarkeit zu erhöhen. Dies beinhaltet entsprechende Abstimmungen mit dem Land NRW und den Krankenkassen und eine erforderliche Neuorganisation des Rettungsdienstes.
 - Die Kreisverwaltung wird regelmäßig im Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz über den Stand der Neuorganisation der

Notfallversorgung für Grevenbroich, Rommerskirchen und Jüchen berichten.

3. Der Kreisausschuss beauftragt gemäß § 18 Abs. 7 der Hauptsatzung des Rhein-Kreises Neuss den Landrat, die Antragsteller über diese Beschlussfassung zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig, 1 Enthaltung (AfD)

11. Tischvorlage: Eröffnung eines Kontakt Cafés (niedrigschwelliges Angebot) für Abhängige von illegalen bzw. neuen psychoaktiven Substanzen in der Stadt Neuss.

Vorlage: 53/5772/XVII/2025

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petruschke erklärte, dass man sich bewusst dazu entschieden habe, erst die politischen Mandatsträger im Rahmen einer öffentlichen Vorlage zu informieren. Er betonte, dass dort kein Drogenkonsumraum geplant sei. Es handele sich dabei um eine Einrichtung, in der Personen die Möglichkeit haben, sich aufzuhalten, sich zu waschen/ duschen, Wäsche zu waschen oder Kontakt zu anderen aufzunehmen. Betrieben werde die Einrichtung vom Caritas-Verband.

Im Hinblick auf den erst zum 01.01.2025 mit den Kommunen neu verhandelten Vertrag sei es ein Erfolg, dass jetzt schon ein abgestimmtes Ergebnis vorliege, so Kreis tagsabgeordneter Sven Ladeck erfreut. In Bezug auf die Sorgen und Bedenken aus der Bevölkerung bat er um eine Spiegelung der Eindrücke von der Informationsveranstaltung am 12.02.2025 in die Politik, sowie eine Evaluierung nach einem Jahr.

Dezernent Gregor Küpper führte aus, dass der Kreis seit 01.01.2025 wieder die Zuständigkeit habe. Sämtliche Leistungen (Prävention, Beratung, Streetwork) habe der Rhein-Kreis Neuss geräuschlos von der Stadt Neuss übernommen. Er wies aber darauf hin, dass die Lage nach Corona eine andere sei. Man habe bundesweit eine deutliche Zunahme des illegalen Drogenkonsums im öffentlichen Raum. Man müsse daher die vorhandenen Werkzeuge erhalten und ausbauen. In Absprache mit der Stadt Neuss soll jetzt in Neuss ein sogenanntes Kontakt Café eröffnen. Das Kontakt Café soll ein niederschwelliges Angebot sein. Man erhoffe sich dadurch auch eine Entlastung im Bereich der Stadthalle. Die Information zu der Bürgerveranstaltung am 12.02.2025 sei nicht nur öffentlich bekannt gemacht worden, sondern es wurden auch alle Anwohner im Umkreis per Posteinwurf eingeladen.

Die Beigeordnete der Stadt Neuss, Ursula Platen, bekräftigte, dass es eine wichtige und große Aufgabe sei, niederschwellige Hilfe anzubieten. Bei der Standortwahl habe man 10 verschiedene Ort in die Auswahl genommen, diese mit den verschiedenen Akteuren analysiert und sich für den am besten geeigneten entschieden. Man beabsichtige dort Container aufzustellen, um flexibel zu bleiben und das Angebot ggf. anpassen zu können.

Kreistagsabgeordneter Dirk Rosellen zeigte sich erfreut, dass die Informationsveranstaltung bereits geplant sei. Auch darüber hinaus sollte pro aktiv auf die Bürger/Anwohner zugegangen werden. Das Kontakt Café sei eine gute Sache.

In Bezug auf die Maßgabe im Sicherheitskonzept, dass Konsum und Handel ausgeschlossen seien, erkundigte sich Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel, wie dies sichergestellt werden soll. Außerdem stelle er sich die Frage, warum sich das Angebot nur auf werktags beschränke.

Auch Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch begrüßte das Angebot. Er erkundigte sich, ob die Einrichtung temporär oder dauerhaft geplant sei. Es sei auch zu begrüßen, dass aktiv auf die Menschen zugegangen werde.

Erfahrungen aus anderen Städten würden zeigen, dass es im direkten Umfeld zu so einer Einrichtung in der Regel sehr pfleglich zugehe, so Kreistagsabgeordneter Dirk Schimanski. Er begrüße das Angebot und bitte um Rückmeldung, wie es angenommen wird.

Auch Kreistagsabgeordneter Christof Rausch begrüße das System Menschen zu helfen. Er erkundigte sich, ob die Menschen auch die Möglichkeit hätten, von dort in Übergangseinrichtung vermittelt zu werden. Die Hilfe müsste aber an 7 Tagen in der Woche angeboten werden.

Dezernent Gregor Küpper erklärte, dass es sich bei dem angesprochenen Konzept um das interne Sicherheitskonzept der Caritas handele. Darüber hinaus gebe es aber auch ein externes Sicherheitskonzept, das von der Kreispolizeibehörde zusammen mit dem Ordnungsdienst der Stadt Neuss aufgestellt werde. Auch er berichtete, dass es im direkten Umfeld oft keine Probleme gebe, da es den Personen wichtig ist, nicht ausgeschlossen zu werden. Zu den Öffnungszeiten wies er darauf hin, dass es auch in Großstädte keinen 24/7 Dienst gebe. Zukünftig werde man stets drei Aspekte im Auge behalten: Wird das Angebot angenommen? Ist die Lage beherrschbar? Will die Stadt Neuss das Gebiet ggf. anders nutzen?.

Beigeordnete Ursula Platen erklärte, dass die Personen selbstverständlich auf Wunsch auch in andere Hilfsangebote vermittelt werden können. Auch könne das Angebot bei Bedarf noch aufgestockt werden.

12. Anträge

12.1. Interfraktioneller Antrag vom 16.01.2025 zum Thema Kreisleitstelle / Gefahrenabwehrzentrum im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: ZS2/5659/XVII/2025

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petruschke verwies auf die schriftliche Stellungnahme. Zu dem Thema habe es bereits im letzten Kreistag eine Diskussion. Man habe auch die Erfahrung anderer Gebietskörperschaften genutzt, um die Personalausstattung der Leitstelle

zu überprüfen. Daraufhin habe man die Personalstärke erheblich verändert. Die Anzahl der Einsätze habe sich im letzten Jahr nicht erhöht. Das Ergebnis der Aufstockung könne im Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz erörtert werden.

Kreistagsabgeordnete Petra Schenke betonte, dass dies nicht das treffe, was man gerne hätte. Sie bat darum, das Thema in den Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz zu verweisen, um detaillierte Fragen stellen zu können.

Auch Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch erklärte, dass es hier um ein formales Problem gehe - die beschlossene Verweisung an Fachleute. Das dargestellte Vorgehen entspreche nicht der Intention des Rettungsausschusses. Das Thema sollte im Rettungsausschuss besprochen werden.

Er teile die Einschätzung, so Kreistagsabgeordneter Sven Ladeck. Das Vorgehen habe auch bei seinen Fachkollegen für Unmut gesorgt. Er unterstütze den Vorschlag das Thema im Fachausschuss zu vertiefen und dann ggf. zu konkretisieren.

Wenn ein Antrag beschlossen ist, sollte dieser auch entsprechend umgesetzt werden, so Kreistagsabgeordneter Dirk Rosellen. Da die Verwaltung das Thema aber mit eigenen Mitteln geprüft und ein Ergebnis gefunden habe, stelle sich für ihn mit Blick auf den Haushalt die Frage, ob ein externer Auftrag noch notwendig ist.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass die Abarbeitung des LÜLF+ Gutachten ohnehin auf der Tagesordnung des kommenden Ausschusses für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz stehe.

13. Mitteilungen

13.1. Öffentliche Wahlpräsentation am 23.02.2025 zur Bundestagswahl Vorlage: 013/5610/XVII/2025

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die vorgelegte Mitteilung der Verwaltung.

13.2. Antwortschreiben der Ministerin Josefine Paul vom 14.01.2025: Aktuelle Flüchtlingssituation in den Kommunen Vorlage: 010/5707/XVII/2025

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die vorgelegte Mitteilung der Verwaltung.

13.3. Erlass des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie NRW vom 17.01.2025: Anwendungshilfe § 36 Abs. 3 Landesplanungsgesetz

Vorlage: ZS 6/5742/XVII/2025

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die vorgelegte Mitteilung der Verwaltung.

14. Anfragen

14.1. Aktualisierte Antwort: Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2024 zum Thema Kürzungen der Landesregierung im sozialen Bereich - Auswirkungen im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 010/5657/XVII/2025

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Christina Borggräfe bat darum, die entsprechenden Informationen im Kreisausschuss oder Fachausschuss vorzulegen, sobald diese vorliegen.

14.2. Anfrage der Kreistagsfraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 14.01.2025 zum Thema Organisationsplan der Kreisverwaltung des Rhein-Kreises Neuss

Vorlage: ZS2/5674/XVII/2025

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die vorgelegte Beantwortung.

15. Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle

Vorlage: 010/5654/XVII/2025

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die vorgelegte Übersicht.

16. Einwohnerfragestunde

Protokoll:

Herr Michael Schnabel wies im Hinblick auf die Beantwortung der von ihm mitunterzeichneten Bürgeranregung darauf hin, dass sich die Situation in Grevenbroich, Rommerskirchen und Jüchen bereits verschlechtert habe, da der Rettungsdienst auch tagsüber das Krankenhaus Grevenbroich nicht anfahren soll, wenn die Personen stationär aufgenommen werden oder operativ versorgt werden müssen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass der Rettungswagen immer dahin fahren müsse, wo Kapazitäten frei sind. Herzinfarkte und Schlaganfälle seien schon fast seit Jahrzehnten nach Neuss gebracht worden. Der Rettungsdienst sei bereits aufgestockt worden und müsse ggf. weiter angepasst werden.

Herr Michael Schnabel ergänzte, dass aktuell auch lebensbedrohliche Blutungen nicht nach Grevenbroich gefahren werden. Tagsüber gebe es keine Kompensation, sodass es in letzter Zeit gehäufte Wachverstärkungsalarme in Grevenbroich gegeben habe. Auch frage er sich, ob die wegfallenden Intensivplätze anderswo kompensiert werden.

Problematisch sei oftmals auch, dass sich Notaufnahmen punktuell als ausgelastet melden, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Der Rettungsdienst müsse aber auch von kleinen Fällen entlastet werden. Er hoffe hier auf eine Bewusstseinsveränderung. In vielen Dingen sei man aber von der Planung durch Bund und Land abhängig. Auch das Personal sei schwer zu bekommen. Er hoffe, dass man das vereinbarte ‚Zug um Zug‘ hinbekomme.

Herr Michael Schnabel wies darauf hin, dass es für den Kreis Möglichkeiten gebe, ergänzende Systeme zu installieren: z.B. Mobile Retter, Gemeindenotfallsanitäter, Telenotarzt.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass man in Kürze mit dem Kreis Heinsberg und der Städteregion Aachen den Telenotarzt einrichten werde. Er kommuniziere diese Dinge aber möglichst erst, wenn diese spruchreif sind. Man bleibe hier im Austausch.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzende/r Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 16:32 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat



Annika Böhm
Schriftführung



Sophia Rothausen
Schriftführung